Wolfgang von Hippel

Zum Problem der Agrarreformen in Baden und Württemberg 1800–1820

Von „Bauernbefreiung“ wird man in Baden und Württemberg während des fraglichen Zeitraums nicht sprechen können; Reformpläne, die in der Verknüpfung übergreifender politischer und ökonomischer Überlegungen diese Bezeichnung verdienten, lassen sich kaum zufällig erst nach dem Zusammenbruch des Empire im Zeichen von Verfassungsdiskussion und Verfassungskämpfen wenigstens ansatzweise ausmachen. Auch die wertneutralere und vagere Terminologie „Agrarreformen“ suggeriert stärker, als dies der Fall gewesen ist, ein einigermaßen geschlossenes, auf näher definierte Reformziele ausgelegtes Konzept der Agrarpolitik.

Die ‚Problemrelevanz‘ der Thematik wird dadurch nicht in Frage gestellt: Der Übergangsperiode zwischen der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und den Anfängen des Deutschen Bundes kommt längerfristig auch für den Weg der „Bauernbefreiung“ zentrale Bedeutung zu, den die Staaten des rheinbündischen Deutschland dann im wesentlichen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in recht ähnlicher Gangart gleichsam als ein agrarpolitisches „Drittes Deutschland“ beschritten haben. Während der zwei fraglichen Jahrzehnte sind für diese Entwicklung vor allem die entscheidenden politischen Grundlagen gelegt worden, indem die neugebildeten Mittelstaaten zunehmend entschiedener den Weg vom älteren Patrimonialstaat zum modernen Verwaltungs-, Steuer- und Verfassungsstaat beschritten. Das Großherzogtum Baden und das Königreich Württemberg mögen im folgenden als Beispiele für allgemeine Trends in der Agrarpolitik der Rheinbundstaaten dienen – Beispiele, bei denen die Verwandtschaft hinsichtlich der Ausgangslage und der Ansätze zu deren Reform die Unterschiede in Akzentsetzung und Entwicklungstempo weit überwiegt¹.

Wenn in Baden und Württemberg während einer ausgesprochenen Reformzeit die tradierte Agrarverfassung noch kaum angetastet wurde, so läßt sich vermuten, daß man

¹ Vgl. allgemein jetzt *Christof Dipper*, Die Bauernbefreiung in Deutschland 1790–1850, (Stuttgart 1980) bes. 82 ff. für Baden und Württemberg. Speziell für die Bauernbefreiung in Württemberg *Wolfgang v. Hippel*, Die Bauernbefreiung im Königreich Württemberg, 2 Bde., (Boppard a. Rh. 1977); für Baden der nicht sonderlich befriedigende Überblick von *Adolf Kohler*, Die Bauernbefreiung und Grundentlastung in Baden, (phil. Diss. Freiburg i. Br. 1958), ferner zur Zehntablösung *Adolf Kopp*, Zehntwesen und Zehntablösung in Baden, (Freiburg i. Br. 1899). Zum Problem der Agrarreformen in den deutschen Mittelstaaten während der Rheinbundzeit vgl. die

dies (noch) nicht für nötig oder möglich hielt. Fragen wir daher zunächst nach der *Ausgangslage*, speziell nach der Reformfähigkeit und Reformbedürftigkeit der bestehenden Agrarverfassung aus der Sicht der Zeit².

Baden und Württemberg umschlossen nach schubweisen Landgewinnen von Napoleons Gnaden 1810 schließlich eine Fläche von gut 33 000 Quadratkilometern³. Die vorherrschende Agrarverfassung dieses Raumes, die sogenannte „versteinerte“ südwestdeutsche Grundherrschaft, war unter ökonomischem Aspekt im wesentlichen eine Rentengrundherrschaft, bestimmt von ständigen und unständigen Abgaben und Leistungen der pflichtigen Bevölkerung an die berechtigten „Herrschaften“, sei es an die Grund-, Gerichts-, Leib-, Zehnt- oder Landesherrschaft, um die wichtigsten zu nennen. Das geringe Ausmaß herrschaftlicher Eigenwirtschaften hielt die Ansprüche an bäuerliche Dienste in engen Grenzen und bewirkte auch, daß die Landreserve der Allmende, von herrschaftlichen Eigentumsansprüchen weitgehend verschont, in der Verfügungsgewalt der Gemeinden verblieb. Die geforderten Abgaben und Leistungen, bezogen auf den Feldertrag der bäuerlichen Ökonomie, lagen schätzungsweise im Durchschnitt zwischen 20 und 30%. Sie dienten nicht zuletzt der Wahrnehmung herrschaftlicher Aufgaben, erschienen durch Herkommen und traditionsbezogenes Denken als gutes altes Recht, waren zudem mit einem schwer zu durchschauenden Geflecht von konkreten herrschaftlichen Gegenleistungen insbesondere für die Kirche behaftet und bildeten alles in allem die unverzichtbare finanzielle Basis der bestehenden Herrschaftsordnung.

Die rechtliche und soziale Stellung der Bauern, wie sie Österreich und Preußen im Bereich der Gutsherrschaft vor allem während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mühsam genug anzusteuern suchten, war im deutschen Südwesten bereits weithin Realität. So bot die dortige Agrarverfassung relativ wenig Anstöße zu tiefergreifender Veränderung oder gar zu ihrer Beseitigung; es läßt sich gut vorstellen, daß sie ohne Außeneinwirkung noch längere Zeit fortexistiert hätte. Der Umverteilungseffekt eines erheblichen Teils des Sozialprodukts zugunsten schmalen Eliten war ihr mit der „feudalen“ Agrarverfassung in anderen Teilen Deutschlands und Europas gemein; inner-

Skizze von *Wolfgang v. Hippel*, Napoleonische Herrschaft und Agrarreform in den deutschen Mittelstaaten 1800–1815, in: *Helmut Berding, Hans-Peter Ullmann* (Hrsg.), *Deutschland zwischen Revolution und Restauration*, (Königstein/Ts. 1981) 296–310. Zur Reformproblematik während der Rheinbundzeit allgemein *Elisabeth Fehrenbach*, *Verfassungs- und sozialpolitische Reformen und Reformprojekte in Deutschland unter dem Einfluß des napoleonischen Frankreich*, ebda 65–90; *dies.*, *Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß*, (München 1981) bes. 76 ff., 170 ff.

² Zum Folgenden für Württemberg v. *Hippel*, *Bauernbefreiung* (Anm. 1) I, 57 ff.; für Baden nach der immer noch wertvollen Untersuchung von *Theodor Ludwig*, *Der badische Bauer im 18. Jahrhundert*, (Straßburg 1896) *Jürgen Tacke*, *Studien zur Agrarverfassung der oberen badischen Markgrafschaft im 16. und 17. Jahrhundert*, in: *Das Markgräflerland* 18,2 (1956), *Alfred Straub*, *Das badische Oberland im 18. Jahrhundert. Die Transformation einer bäuerlichen Gesellschaft vor der Industrialisierung*, (Husum 1977), *Albrecht Strobel*, *Agrarverfassung im Übergang. Studien zur Agrargeschichte des badischen Breisgaus vom Beginn des 16. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts*, (Freiburg i. Br. 1972).

³ Nach Historischer Atlas von Baden-Württemberg Karte VII 1 und VII 2, Beiwort.

halb der bestehenden Rechts-, Herrschafts- und Wirtschaftsordnung aber ließ sie der pflichtigen Bevölkerung vergleichsweise viel Freiraum: Der Besitz an Grund und Boden war wenigstens faktisch allgemein erblich geworden, die ökonomische Abhängigkeit beschränkte sich im wesentlichen auf Abgabenverhältnisse, so daß dem Landwirt im Rahmen von Dorfgemeinschaft und tradiertem Ökonomie ein vergleichsweise hohes Maß an betrieblicher Dispositionsfreiheit verblieb. Daß der größte Teil der Abgaben in marktgängigen Naturalien gefordert und geliefert wurde, erleichterte den Pflichtigen die unmittelbare Leistung und stabilisierte den Wert des Einkommens auf seiten der Empfänger; Versuche zur Abgabensteigerung, um mehr als etwaige Geldwertminderungen auszugleichen, scheinen daher die Ausnahme von der Regel gewesen zu sein. Die Möglichkeiten persönlicher (regionaler wie beruflicher) Mobilität waren angesichts fehlender Erbuntertänigkeit und Schollenbindung vergleichsweise groß; die Leibeigenschaft, die keineswegs überall die gesamte Bevölkerung erfaßte, konnte sich in dieser Hinsicht höchstens finanziell als Hemmnis erweisen.

Die Steuern, zweifellos der Posten, der zumal seit dem Dreißigjährigen Krieg ungewöhnlich stark anstieg, wurden zumal in den kleineren südwestdeutschen Territorien vorrangig für Reichs- und Kreiszwicke erhoben; ihr Erhebungsmodus paßte sich dem übrigen Abgabensystem an. Damit entfielen wesentliche Voraussetzungen für Kompetenzkonflikte zwischen den Empfängern von Feudalabgaben und den Steuerberechtigten. Steuerprivilegien, ohnehin vergleichsweise selten, wurden gerade im 18. Jahrhundert weiter eingeschränkt (z. B. in Vorderösterreich durch die thesesianisch-josefinischen Steuerreformen)⁴. Profitable landwirtschaftliche Innovationen waren auch in der bestehenden Agrarverfassung trotz einer zweifellos vorhandenen Vielzahl von Hemmnissen für rationelle Landwirtschaftsführung möglich; Einnahmensteigerungen zum Beispiel durch Melioration der Wiesen, durch Anbau neuer Gewächse, durch Besömmung der Brache oder durch verstärkte und verbesserte Viehhaltung kamen wenigstens überwiegend den betreffenden Landwirtschaften zugute. Die Spielräume für agrarische Modernisierung konnten zudem durch Rationalisierung der bestehenden Agrarverfassung weiter vergrößert werden, zum Beispiel durch vereinfachend-normierende Abgabenberechnung und -erhebung, durch effizientere und sparsamere Umlage bestehender Verpflichtungen (Fronen), durch Monetisierung schwierig zu bemessender und zu beanspruchender Leistungen (Fronen, kleinere Grund- oder gerichtsherrliche Abgaben).

Die Ansätze zu einer derart ausgerichteten Agrarpolitik, wie sie sich in Südwestdeutschland etwa seit der Mitte des 18. Jahrhunderts vielerorts mit freilich recht unterschiedlicher Intensität und mit häufig aufklaffender Diskrepanz zwischen Beabsichtigtem und Erreichtem bemerkbar machte, verharrten durchwegs noch in Bahnen der tradierten Agrar- und Herrschaftsordnung, ob es sich nun um Verbesserungen der Agrartechnik, um Aufteilung von herrschaftlichen Eigenwirtschaften in Bauernstellen, um sogenannte Robotabolitionen, um Bemühungen, schlechte bäuerliche Besitzrechte

⁴ Vgl. v. Hippel, Bauernbefreiung (Anm. 1) I, 228 ff.; zur Entwicklung des Steuerwesens in Vorderösterreich jetzt ausführlich Franz Quarthal, Landstände in Schwäbisch-Österreich, (Stuttgart 1980).

anzuheben, oder um die Zertrennung zu großer bäuerlicher Betriebe, um das Zusammenlegen verstreuten Besitzes zu größeren Einheiten (Vereinödung in Oberschwaben), oder um die Überführung kollektiv genutzten Landes in privates Eigentum (Gemeinheitsteilungen) handelte. Das sichtbar gesteigerte Interesse der „agrарischen Bewegung“ an der Landwirtschaft und an den Bauern als der nützlichsten Klasse im Staat ging selbst in Gedanken nur selten über kameralistische Bereinigung und Intensivierung des Bestehenden hinaus. Die spektakuläre Aufhebung der Leibeigenschaft in Vorderösterreich 1782⁵ und in den badischen Markgrafschaften 1783⁶ betraf ein ökonomisch wie politisch eher marginales Herrschaftsrecht und entpuppt sich bei näherem Zusehen wenigstens in Vorderösterreich teilweise nur als Beseitigung des Namens und weniger der Sache. Die physiokratisch inspirierte Agrarpolitik des Markgrafen Karl Friedrich von Baden hätte vom Denkansatz her noch am ehesten auf eine reformerische Umgestaltung der Agrarverfassung zielen müssen, hat dies m.E. aber noch nicht wirklich getan. Der Fürst verfuhr nach seiner Devise „moderate et prudenter“ auch unter dem Einfluß vorwärtsdrängender Berater nur sehr zögerlich, beschränkte sich vorsichtig auf den Bereich der eigenen Grund- bzw. Gerichtsherrschaft, ging selbst hier im Spannungsfeld von humanitären, allgemeinen ökonomischen und fiskalischen Erwägungen nur mit kleinen Schritten voran, scheiterte kläglich mit dem schlecht geplanten Modellversuch einer physiokratischen Einheitssteuer und erzielte auch mit dem für die Zeit ungewöhnlich günstigen Angebot, die Grundzinsen durch ein Kapital in Höhe des 25-fachen Jahresbetrags sowie den Lehen nexus abzulösen, offensichtlich nur sehr mäßigen Erfolg⁷.

Die Agrarverfassung blieb eingebettet in die Herrschaftsordnung, wie sie im deutschen Südwesten bestand: „Landeshoheit“ bewahrte im Unterschied zur modernen Staatssouveränität noch den Charakter einer Bündelung verschiedener, im einzelnen nachzuweisender Rechtstitel. Reichstradition und Reichsrecht erwiesen sich besonders hier noch als lebendige, konservierende, rechtssichernde Kraft in der politischen Verfassung bis ins ausgehende 18. Jahrhundert.

So stieß der Weg radikaler Entfeudalisierung, den das revolutionäre Frankreich im Wechselspiel von Innen- und Außenpolitik nicht zuletzt unter bäuerlichem Druck schließlich beschritt, in Südwestdeutschland auf keine breite aktive Resonanz – nicht nur wegen mangelnder oder mangelhafter Information über die Vorgänge im westlichen Nachbarland, sondern auch, weil das bestehende Herrschaftssystem und die Agrarverfassung als sein tragendes Fundament noch ziemlich fraglos akzeptiert wurden. Zweifellos mobilisierte die Nachricht von der Französischen Revolution vorhandenes Konfliktpotential in der bestehenden Ordnung, doch ohne daß deren Überwindung das anvisierte Ziel ausbrechender Unruhen gewesen wäre oder auch nur ihr

⁵ Vgl. v. Hippel, *Bauernbefreiung* (Anm. 1) I, 261 ff.

⁶ Ludwig, (Anm. 2) 146 ff.

⁷ Zur Agrarpolitik von Markgraf Karl Friedrich nach Ludwig, (Anm. 2) und Otto Moericke, *Die Agrarpolitik des Markgrafen Karl Friedrich von Baden*, (Karlsruhe 1905) kritisch Helen Pauline Liebel, *Enlightened Bureaucracy versus Enlightened Despotism in Baden 1750–1792*, (Transactions of the American Philosophical Society held at Philadelphia for Promoting useful Knowledge, New Series – Volume 55, Part 5, Philadelphia 1965).

mögliches Ergebnis hätte sein können. Ausrichtung am „alten Recht“ dominierte, traditionelle Formen bäuerlichen Protestverhaltens bestimmten das Bild⁸. Selbst in den elitären Zirkeln der deutschen Jakobiner lassen sich jenseits allgemeiner Schlagworte wenig konkrete und konsistente Pläne zu einem grundlegenden Wandel der Agrarverfassung finden; diese scheint kaum besondere Aufmerksamkeit genossen zu haben⁹. Auch von seiten Frankreichs hat man nicht versucht, durch Abbau des Feudalsystems unter der ländlichen Bevölkerung rechts des Rheins für die eigene Sache zu werben. Die Chancen wären vermutlich ohnehin gering gewesen: Die französischen Truppen galten traditionsgemäß als fremde Eindringlinge, denen man vor allem schlagartig erhöhte Steuern und Kriegsdienst sowie Einquartierung und Vorspanndienste verdankte.

Die neuen Mittelstaaten Baden und Württemberg waren somit nicht genötigt, sich mit der Agrarfrage unter spürbarem Außendruck zu befassen. Auch die Rezeption des Code Napoléon in Baden¹⁰ hat solchen Druck nicht vermittelt, entsprach es doch den Absichten der badischen Staatsmänner selbst, mit Hilfe des ausländischen Gesetzbuches den agglomerierten Territoralerwerb rechtspolitisch mit dem badischen Kernland zu amalgamieren, ohne deshalb bestehende Eigentumsrechte in Frage zu stellen. Brauer, der eigentliche Schöpfer des badischen Landrechts, hat es verstanden, gerade in der zentralen Eigentumsfrage den Code durch „die für die Verfassung des Großherzogtums nötigen Nebenbestimmungen“ so zu „ergänzen“, daß die alte Agrarverfassung mit den Bestimmungen dieses nachrevolutionären Gesetzbuches kompatibel zu sein schien.

Mit dem Problem der Code-Rezeption ist ein Punkt angesprochen, dem für die Beschäftigung der Regierungen mit der Agrarverfassung während der Rheinbundzeit einiges Gewicht zukommt: das Erfordernis der staatlichen Integration. Daß hierbei auch der landwirtschaftliche Sektor früher oder später ins Blickfeld rücken mußte, liegt auf der Hand. Einerseits bildete die Landwirtschaft den wichtigsten Gewerbebezweig, lieferte den größten Teil des Sozialprodukts und der unentbehrlichen Staatseinnahmen. Andererseits war trotz gemeinschaftlicher Grundzüge die kleinräumige Vielfalt der Agrarverfassung schon infolge der territorialen Aufspaltung des deutschen Südwestens ausgeprägt genug, um im allgemeinen Staatsinteresse ein Mindestmaß an Angleichung für wünschenswert, ja für notwendig zu erachten. Nur so konnte die erforderliche Gleichstellung der Staatsangehörigen in rechtspolitischer und – nicht zuletzt

⁸ Zusammenfassende Hinweise für Südwestdeutschland bei *v. Hippel*, Bauernbefreiung (Anm. 1) I, 305 f.; *Eberhard Weis*, Révoltes paysannes et citadines dans les États allemands sur la rive gauche du Rhin, de 1789 à 1792, in: *Francia* 3 (1975) 346–358; vgl. *Dipper*, (Anm. 1) 143 ff.

⁹ Dies ergibt die Durchsicht von *Heinrich Scheel*, Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts, (Berlin-O. 1962).

¹⁰ Zur Code-Rezeption in Baden nach *Willy Andreas*, Die Einführung des Code Napoléon in Baden, in: *ZRG GA* 31 (1910) 182 ff. die sich ergänzenden Arbeiten von *Elisabeth Fehrenbach*, Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten, (Göttingen 1974) bes. 104 ff. und *Werner Schubert*, Französisches Recht in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Zivilrecht, Gerichtsverfassungsrecht und Zivilprozeßrecht, (Köln-Wien 1977) bes. 193 ff., 358 ff. passim.

– fiskalischer Hinsicht realisiert werden, nur dann vermochte eine Gesetzgebung mit übergreifenden Normen effektiv zu wirken. Das Erfordernis und Bedürfnis staatlicher Integration gewann während der Rheinbundzeit für den Bereich der Agrarverfassung Bedeutung noch in anderer Hinsicht: Die Auflösung des Alten Reiches und die Bildung wenigstens innenpolitisch weitgehend souveräner Mittelstaaten unter französischem Protektorat beinhaltete gerade in Südwestdeutschland, dem Kerngebiet des untergehenden Reiches, mit seiner ausgeprägten Klein- und Kleinstterritorien-Struktur einen Umsturz der Herrschaftsordnung. Da die Agrarverfassung mit dieser Herrschaftsordnung aufs engste verknüpft war, mußte sie früher oder später auch den Normen der neu entstandenen Staatssouveränität angepaßt werden. Dies geschah während der Rheinbundzeit zwar erst in Anfängen und nicht ohne Reibungsverluste, doch die Grundlinien, Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Entwicklung während des folgenden halben Jahrhunderts begannen sich jetzt bereits deutlicher abzuzeichnen: Klare Abgrenzung zwischen öffentlich-rechtlichem und privat-rechtlichem Bereich war im Zeichen des neuen Staatsverständnisses unabdingbar¹¹. Bezogen auf die Agrarverfassung hieß dies: Rechte und Pflichten, Abgaben und Leistungen, die öffentlich-rechtlichen Zwecken gedient hatten oder dienten, konnten nicht von „privater“ Seite, sondern nur vom Träger der Staatssouveränität beansprucht werden. Im Einzelfall stellte sich immer wieder die Frage, inwieweit es sich bei derartigen Leistungen um ältere Formen von Steuern handelte und inwieweit ihre Fortdauer eine Doppelbesteuerung der Pflichtigen darstellte, die mit dem Prinzip der Steuergerechtigkeit nicht zu vereinbaren war. Suchte man die einstigen Rechtsgrundlagen mit den juristischen Kategorien moderner Staatlichkeit zu fassen, so lag es nahe, einem großen Teil der „feudalen“ Leistungen bis hin zu Zehnten und Teilen der Grundabgaben ursprünglich öffentlich-rechtlichen Charakter zuzuschreiben. Anlässlich der sogenannten Revenuen- und Schuldendausscheidung zwischen mediatisiertem Adel und mediatisierendem Staat gerieten nicht wenige Abgaben in ein derartiges juristisches Zwielficht. Der öffentlich-rechtliche Ursprung vieler, wenn nicht der meisten „feudalen“ Verpflichtungen wurde während des Vormärz zu einem Schlüsselargument liberaler und demokratischer Befürworter einer zügigen Grundentlastung¹², die teilweise oder ganz auf das Konto der bisherigen „Berechtigten“ bzw. der Gemeinschaft der Staatsbürger gehen sollte. Dieser Denkfigur, mit Hilfe eines weit ausholenden historischen Rückgriffs be-

¹¹ Für Württemberg grundlegend *Erwin Hoelzle*, Württemberg im Zeitalter Napoleons und der Deutschen Erhebung, (Stuttgart 1937). Für Baden *Willy Andreas*, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung 1802–1818, I, (Leipzig 1913) und *Erwin Arndt*, Vom markgräflichen Patrimonialstaat zum großherzoglichen Verfassungsstaat Baden. Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte Badens zum Beginn des 19. Jahrhunderts mit Berücksichtigung der Verhältnisse in Bayern und Württemberg, in: ZGORh 101 (1953) 157–264, 463–531. Für Bayern mit vergleichendem Ausblick auf andere deutsche Mittelstaaten *Hanns Hubert Hofmann*, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, (München 1962) bes. 257 ff.

¹² Derartige Argumente spielten bereits in der Ablösungsdiskussion zur Zeit der Französischen Revolution im Pro und Contra eine zentrale Rolle; vgl. dazu *Ernst Hinrichs*, Die Ablösung von Eigentumsrechten. Zur Diskussion über die droits féodaux in Frankreich am Ende des Ancien Régime und in der Revolution, in: *Rudolf Vierhaus* (Hrsg.), Eigentum und Verfassung. Zur Eigentumsdiskussion im ausgehenden 18. Jahrhundert, (Göttingen 1972) 112–178.

stehende Rechtsverhältnisse zu annullieren oder wenigstens in Frage zu stellen, begegnet man bereits in den Reihen der Rheinbundbürokratie, freilich ohne daß sie sonderliche theoretische oder gar praktische Radikalität entfaltet hätte. Denn mit solcher Argumentation lag die tradierte Tendenz absolutistischer Politik im Widerstreit, untergeordnete Herrschaftsträger innerhalb des eigenen Machtbereichs soweit wie möglich zu privatisieren, ihnen dabei aber die herkömmlichen Abgaben und Leistungen als „wohlerworbene Rechte“ ohne wesentliche Schmälerung zu belassen. Die Forderung, „wohlerworbene Rechte“ als Eigentum zu achten und sie nur gegen angemessene Entschädigung auf der Basis freiwilliger Vereinbarung zwischen den Betroffenen abzulösen, bildete schon zur Rheinbundzeit das gewichtigste juristisch-politische Gegenargument gegen die rechtsgeschichtlich abgefütterte Behauptung vom öffentlich-rechtlichen Ursprung des Feudalsystems. Je nachdem, wie man den Eigentumsgedanken handhabte, konnte man ihn also für oder gegen die bestehende Agrarverfassung und Rechtsordnung einsetzen.

Schon aus handfesten fiskalischen Interessen¹³ ist es während der Rheinbundära weder in Baden noch in Württemberg zu scharfen Zielkonflikten zwischen konträren Reformkonzepten innerhalb der Ministerialbürokratie gekommen. Die Agrarverfassung stand zumindest in ökonomischer Hinsicht noch nicht zur Disposition. Kennzeichnenderweise suchten die Rheinbundregierungen vor allem dort verändernd einzugreifen, wo es um öffentlich-rechtliche Kompetenzen im Bereich von Justiz und „Polizei“ ging. Daß Napoleon den Mediatisierten in Artikel 27 der Rheinbundakte umfangreiche, mit der neuen Staatssouveränität nicht kompatible Hoheitsrechte beließ und ihr feudales Eigentum gegen staatliche Zugriffe abschirmte, mag sich aus seiner restaurativen Adelspolitik erklären¹⁴. Angesichts der Massierung ausgedehnter Mediatgebiete in Baden wie in Württemberg gewann das Problem, den bisher landfremden Adel und seine einstigen Herrschaftsgebiete voll in den neuen Staatsverband zu integrieren, für diese beiden Länder längerfristig auch hinsichtlich der Agrarfrage in engem Verbund mit der Verfassungsfrage beträchtliche Brisanz. Denn anders als die Preußen, wo die Junker eine tragende Säule von Staats- und Gesellschaftsordnung bildeten, erschien der mediatisierte Adel, einstige Landesherren und Reichsritterschaft, in den Mittelstaaten Baden und Württemberg von vornherein zumindest als Störfaktor im neuen Staatsgefüge. Im Spannungsfeld zwischen vertragsmäßig garantierten und wenig präzise definierten „feudalen“ Rechtsreservaten und neuer Staatssouveränität suchten die Regierungen naturgemäß die systemwidrigen Privilegierungen während der Rheinbundzeit auch durch mehr oder weniger offene Rechtsbrüche hinwegzuinterpretieren. Sie beschränkten sich dabei aber maßgeblich auf den eindeutig öffentlich-rechtlichen Bereich der Gerichtsherrschaft, indem sie die Patrimonialgerichtsbarkeit und Patrimonialpolizei der Mediatisierten so weit wie möglich einschränkten

¹³ Zur Finanzmisere des Großherzogtums Baden vgl. neuerdings *Hans-Peter Ullmann*, Badische Finanzreformen in der Rheinbundzeit, in: GG 8 (1982) 333–366, bes. 346 ff. Für Württemberg Hinweise bei *v. Hippel*, Bauernbefreiung (Anm. 1) I, 309 f.

¹⁴ Vgl. *Febrenbach*, Traditionale Gesellschaft (Anm. 10) bes. 19 ff. und *Helmut Berding*, Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik im Königreich Westfalen 1807–1813, (Göttingen 1973) passim.

bzw. völlig aufhoben. Friedrich I. von Württemberg hat diese Politik besonders konsequent und in härterer Gangart verfolgt¹⁵, als dies die Großherzöge Karl Friedrich und Karl unter der Einwirkung divergierender Rechts- und Staatsauffassungen (Brauer contra Reitzenstein) taten¹⁶. Während Württemberg die staatsrechtliche Entmachtung des mediatisierten Adels bereits bis zum Mai 1809 im wesentlichen abgeschlossen hatte, zog Baden erst vier Jahre später die letzte Konsequenz aus der neuen Staatssouveränität, indem nun die Verwaltung „aller Obrigkeit in Kriminal- und Zivil-, auch Rechts-, Kirchen- und gemeinen Polizei-, auch Regierungssachen“ „mit Vorteil und Lasten“ an den Staat übergang¹⁷. Der Konflikt zwischen adeliger Herrschaft und souveränem Staat war freilich durch solch einseitige Machtsprüche noch nicht endgültig aus der Welt zu schaffen.

Napoleon hat durch die Bestimmungen der Rheinbundakte das widerstrebende Adelselement gestützt und dessen restaurativen Bestrebungen nach Zusammenbruch seines Empire geradezu Vorschub geleistet; fast erscheint es als Ironie der Geschichte, daß die 1806 getroffenen Regelungen, vermittelt über die Bayerische Deklaration vom 19.3.1807, in den Artikel 14 der Bundesakte von 1815 übergangen und den Mediatisierten eine solide staatsrechtliche Handhabe schufen, sich in der Folge etwaigen Plänen zur Grundentlastung zu widersetzen, soweit es ihr Eigentum betraf, bzw. sich ihre Zustimmung teuer abkaufen zu lassen¹⁸. Es bleibt die Frage, inwieweit die napoleonische Herrschaft andererseits mit Hilfe der Code-Rezeption die Beseitigung der feudalen Agrarverfassung tatsächlich fördern konnte. Der Vergleich zwischen Württemberg, das keinerlei Neigung zur Übernahme des französischen Zivilgesetzbuchs zeigte, und Baden, in dem die Rezeption besonders nachhaltig erfolgte, zeigt recht klar, daß dies im vorliegenden Fall kaum geschehen ist, da im Zuge der Rezeption nicht die Agrarverfassung den neuen Rechtsnormen unterworfen, sondern der Code den geltenden Verhältnissen durch „Zusätze“ angepaßt wurde, die dem Geist und System des Code eigentlich widersprachen¹⁹. Die generalisierende Normierung einer Vielzahl von lokal differierenden „feudalen“ Beziehungen bot die Chance, „jenen ganzen Wust von Unbestimmtheiten“²⁰ zu vermindern, ältere Rechtsfiguren auf den modernen Eigentumsbegriff hinzuinterpretieren und damit z. B. die Rechtsposition der Inhaber bäuerlicher Lehen zu stärken²¹; andererseits unterstellte sie auf diesem Wege aber auch herrschaftliche Ansprüche privatrechtlichem Schutz, selbst dann, wenn sie wie die „Grundpflichtigkeiten“ meist der Orts- und Gerichtsherrschaft entsprangen, also nach

¹⁵ Vgl. *Gunther Zollmann*, Adelsrechte und Staatsorganismus im Königreich Württemberg 1806–1817, (phil. Diss. Masch., Tübingen 1971) und *v. Hippel*, Bauernbefreiung (Anm. 1) I, 313 ff.

¹⁶ Vgl. *Arndt*, (Anm. 11) 181 ff., 214 ff. u. ö.; *Kobler*, (Anm. 1) 34 ff., 49 ff.; *Franz Schnabel*, Sigismund von Reitzenstein. Der Begründer des badischen Staates, (Heidelberg 1927) 117 ff.

¹⁷ Reg. Bl. f. d. Großherzogtum Baden 1813, Nr. 15, zit. nach *Arndt*, (Anm. 12) 464 f.

¹⁸ Vgl. allgemein *Wolfgang Hilger*, Die Verhandlungen des Frankfurter Bundestages über die Mediatisierten von 1816–1866, (phil. Diss. Masch., München 1956); für Württemberg *v. Hippel*, Bauernbefreiung (Anm. 1) I, 368 ff.; für Baden *Kobler*, (Anm. 1) 49 ff.

¹⁹ Vgl. *Johann Niklas Friedrich Brauer*, Erläuterungen über den Code Napoléon und die Großherzoglich Badische bürgerliche Gesetzgebung, Bd. I, (Karlsruhe 1809) bes. 439 ff., 502 ff., 520 ff.

²⁰ Ebda 441.

²¹ Vgl. z. B. ebda I, 579 f. den Versuch der Abgrenzung von „Bodenzinsgütern“ und „Gültgütern“.

dem Verständnis der Zeit öffentlich-rechtlicher Herkunft waren. Nur durch die (nicht näher normierten und daher kaum wirksamen) Möglichkeiten, sie abzulösen, unterschieden sie sich von den eigentlichen „Erbdienstbarkeiten“ (Zehnten, Gülten und Zinsen)²². Brauer verfuhr somit unter sorgfältiger Beachtung bestehenden Eigentums als „maßvoller Rationalist“²³ im Geiste des aufgeklärten Absolutismus; schon die forcierte Mediatisiertenpolitik Reitzensteins zugunsten des einheitlichen Staatsverbandes erschien ihm als „Rechtsberaubung“²⁴.

Kräftigere Impulse für eine Reform der Agrarverfassung konnte man von solch entschärfter Code-Rezeption nicht erwarten, zumal Brauer sich immer wieder auf Artikel 27 der Rheinbundakte als Garantie feudaler Eigentumsrechte berief und dies dann auch für die staatliche Grundherrschaft geltend machte²⁵.

Im übrigen lag es durchaus auch im Interesse des Staates selbst, mit dem Bestand überkommener Feudalrechte sorgsam hauszuhalten: Er sah in ihnen eine ergiebige, im Ertrag auch durch den hohen Naturalienanteil relativ stetige und durch jahrhundertelange Übung organisatorisch gut abgesicherte Einnahmequelle – eine Einnahmequelle, die traditionell das finanzielle Fundament der Staatseinnahmen und -ausgaben bildete, während die Steuerumlagen gleichsam als Ergänzungsabgabe galten, um die Lücken zwischen staatlichen Domanialeinnahmen und den erwarteten Finanzverpflichtungen zu decken²⁶. Das Fortwirken patrimonialstaatlichen Denkens aus vorrevolutionärer Zeit läßt sich in Karlsruhe wie in Stuttgart auch über die Rheinbundära hinaus verfolgen. Das Interesse an der Erhaltung des durch Säkularisationen vergrößerten Domanalbestandes war bei König Friedrich sehr ausgeprägt²⁷; und in § 59 der Badischen Verfassung von 1818 hinterließ es einen vielkritisierten, staatsrechtlich anachronistischen Niederschlag²⁸.

²² Ebda I, 520 ff., 563 ff. Immerhin mußten auch Gülten, „deren ursprünglich richtiggestellte Unablöslichkeit nicht dargetan werden“ konnte, auf Verlangen des Pflichtigen im 25fachen Betrag abgelöst werden; ebda 561 f.

²³ *Schnabel*, Reitzenstein (Anm. 16) 120.

²⁴ Ebda 118 f.

²⁵ *Brauer*, (Anm. 19) z. B. I, 439 f., wo Brauer gleichzeitig die bäuerliche Lehenverfassung sogar in sozialpolitischer Hinsicht als wünschenswerte Schranke gegen möglichen Eigentumsmißbrauch durch den „reichen Landeigentümer“ und als Schutz für den „ärmeren Landbauer“ befürwortet; vgl. 520, 546, 561, 572.

²⁶ Kennzeichnend ist die Bemerkung Brauers zum Zehnten, a. a. O. I, 520: „... hätte man freie Hand, ihn aufzuheben, so würde es auch dennoch zweckmäßig gewesen sein, als Gattung einer Staatssteuer ihn beizubehalten (deren Stelle er nun dadurch vertritt, daß der Regent der hauptsächlichste Inhaber derselben hierlands geworden ist) ...“; ähnliche Ausführungen ebda 546 ff.

²⁷ v. *Hippel*, Bauernbefreiung (Anm. 1) I, 424.

²⁸ „Ohngeachtet die Domainen nach allgemein anerkannten Grundsätzen des Staats- und Fürstenrechts unstreitiges Patrimonialeigentum des Regenten und seiner Familie sind und Wir sie auch in dieser Eigenschaft vermöge obhabender Pflichten als Haupt der Familie hiermit ausdrücklich bestätigen, so wollen Wir dennoch den Ertrag derselben außer der darauf radizierten Zivilliste und außer andern darauf haftenden Lasten, so lang als Wir Uns nicht durch Herstellung der Finanzen in dem Stand befinden werden, Unsere Untertanen nach Unserem innigsten Wunsche zu erleichtern, der Bestreitung der Staatslasten ferner belassen.“ (*Ernst Rudolf Huber*, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, (Stuttgart 1961) 164.)

Das bestehende Steuer- und Abgabensystem grundlegend zu verändern, erschien auch, zumal in einer Zeit permanenten Kriegstheaters, unter dem Druck einer Fülle von vordringlichen innen- und außenpolitischen Problemen nicht als Gebot der Stunde, sondern eher als längerfristige Aufgabe. Es kam in der gegebenen Situation vor allem darauf an, ein System zu finden, das effizient arbeitete, d.h. den möglichst reibungslosen Eingang möglichst großer Summen garantierte; demgemäß galt es, grobe Ungleichheiten in der Steuerbelastung zu vermeiden und ansonsten an Bewährtem festzuhalten. Die Pflichtigen leisteten die gewohnten Abgaben offensichtlich williger als neue Auflagen; eine schnelle und „große“ Reform des Finanzsystems hätte daher mit Sicherheit beträchtliche Unruhe bewirkt und schwer abzuschätzende Risiken für Höhe und Stabilität der Staatseinnahmen beinhaltet, für die Pflichtigen aber kaum Vorteile gebracht, hätten sie selbst doch den Verlust der Feudalabgaben zum überwiegenden Teil in Form von Steuern wieder ausgleichen müssen. Bei der Neuordnung des Steuerwesens auf gesamtstaatlicher Ebene rückte zwar auch die Frage nach dem Verhältnis von Staatssteuer und „Feudalabgaben“ ins Blickfeld, aber wie die badische Regelung von 1815 und die württembergische von 1821 beweisen, führte dies keineswegs dazu, das weithin privatisierte feudale Abgabensystem in Frage zu stellen²⁹.

Aus dem Gesagten folgt bereits, daß mit einem Agrarreformprogramm, das diesen Namen verdienen würde, in Baden und Württemberg während der Rheinbundära kaum zu rechnen ist. Die permanente Finanznot verlieh fiskalischen Überlegungen Vorrang vor staatspolitisch Wünschbarem; zudem erwies sich die Spannung zwischen bestehenden „Privateigentumsrechten“ und postulierten „Forderungen des allgemeinen Staatswohls“³⁰ einstweilen noch als nicht überbrückbar. In der Praxis zeigten die Regierungen daher nur dort, wo es rechtspolitisch unumgänglich erschien, bedingte Bereitschaft, verändernd einzugreifen. So hob man z. B. in Baden 1815 nach Abschluß der Steuerperäquation die sog. „alten Abgaben“ steuerartigen Charakters auf, um unzulässige Doppelbesteuerung zu vermeiden; angesichts unklarer Kriterien mußte man allerdings später gesetzlich nachbessern³¹. Württemberg löste dieses Problem generell erst durch ein Gesetz im Jahre 1836³². Kennzeichnend für die Beschränkung auf das, was man für notwendig – und kostengünstig – hielt, ist die Art und Weise, wie die Karlsruher Regierung die Leibeigenschaft in den neuacquirierten Territorien 1808 „beseitigte“: Die Bezeichnungen, welche an das odiose Rechtsverhältnis erinnern konnten, ersetzte man durch unverfänglichere Vokabeln³³. Erst auf Intervention des Landtags wurden die noch bestehenden „persönlichen Leibeigenschaftsabgaben“ 1819

²⁹ Vgl. den Beitrag von *Hans-Peter Ullmann* in diesem Band. „Gesetz, die Herstellung eines provisorischen Steuer-Cadasters betreffend“ vom 15. 7. 1821, in: Kgl. Württ. Staats- und Regierungsblatt (1821) 457 ff.

³⁰ Zitate bei *v. Hippel*, Bauernbefreiung (Anm. 1) I, 328.

³¹ Badisches Regierungsblatt 1815, 22; Gesetz vom 14. 5. 1825: Bad. Regierungsblatt 1825, 48; vgl. *Leonhard Müller*, Badische Landtagsgeschichte, I, (Berlin 1900) 153 f.; II, (Berlin 1901) 182 f.

³² *v. Hippel*, Bauernbefreiung (Anm. 1) I, 452 ff.

³³ In der „Landesherrlichen Verordnung, die Grundverfassung der verschiedenen Stände betreffend“ (Reg. Bl. f. d. Großherzogtum Baden 1808, 163 ff.) heißt es zur sogenannten „Erbpflichtigkeit“: Man werde wie bereits früher in den alten Landen, so auch in den neuen Landesteilen „da,

in den „unmittelbaren Landen“ aufgehoben und 1820 „in allen übrigen Landesteilen“ gegen Staatsentschädigung an berechnete Standes- und Grundherren sowie Korporationen beseitigt³⁴. Württemberg konnte sich während der Rheinbundzeit nicht einmal zu einem deklaratorischen Akt durchringen, und als sich die Regierung 1817 endlich zur Aufhebung wenigstens der „persönlichen“ Leibeigenschaft entschloß, wollte sie die Entschädigung „privater“ Berechtigter für künftig entfallende Einnahmen den jeweiligen Pflichtigen selbst überlassen; erst 1836 entschied man sich dafür, die Entschädigung auf die Staatskasse zu übernehmen³⁵.

Partielle Reformanstöße konnten daneben aus den fortwirkenden vorrevolutionären Reformtraditionen erwachsen, zumal wenn die Ministerialbürokratie die ihr vertraute Situation in den Kernlanden als verbindlichen Maßstab für wünschenswerte Veränderungen in den neuerworbenen Gebieten betrachtete. So versuchte die Stuttgarter Regierung, die vor allem in Oberschwaben weitverbreiteten Fallehen zwecks größerer Population und erhöhter „Industrie“ nach Möglichkeit in realbelastetes Eigentum umzuwandeln – gegen so hohe Entschädigungssummen übrigens, daß die Bauern schon aus diesem Grund wenig Begeisterung für die Aktion verspürten und teilweise nur unter amtlichem Druck der Allodifikation zustimmten. Aus Rücksicht auf die adeligen Eigentumsrechte hielt es der König noch nicht für opportun, derartige Zwangsmaßnahmen auch in den Mediatgebieten durchzuführen³⁶.

Bedenkt man, daß die rasche Bereitschaft der süddeutschen Mittelstaaten, sich auf das Abenteuer des Konstitutionalismus einzulassen, auch auf das Bemühen der Regierungen zurückzuführen ist, die neuerrungene Souveränität durch innenpolitische Modifikation absoluter Herrschaft außen- bzw. bundespolitisch abzuschirmen, die eingeleitete Reformarbeit zu vollenden und den Staat nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht zu stabilisieren, so werden wesentliche Zusammenhänge zwischen der Rheinbundperiode und der nachfolgenden Phase der Verfassungsgebung sichtbar³⁷.

Die Konstitutionalisierung mußte sich in mehrfacher Hinsicht auch auf die künftige Behandlung der Agrarfrage auswirken: Die Festlegung staatsbürgerlicher Rechte auf der Grundlage staatsbürgerlicher Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz schuf verpflichtende und einforderbare Normen, die Verfassungsrealität dementsprechend zu gestalten und widerstreitende Verhältnisse und Einrichtungen abzubauen wie die

wo es noch nicht geschehen ist, dieses Recht (die Leibeigenschaft. D.V.) in seinen Folgen auf gleiche Art aufheben, sobald es Zeit und Umstände erlauben“; bis dahin solle „nicht mehr der Name Leibeigenschaft, Leibschilling, Besthaupt oder Hauptrecht und Leibeigenschafts-Entlassung, sondern stattdessen lediglich die Benennung Erbpflicht, Erbschilling, Todfall und Erbentlassung in allen öffentlichen Urkunden zu Bezeichnung der oben beschriebenen althergebrachten Verhältnisse gebraucht werden“ (164). Vgl. *Brauer*, (Anm. 19) I, 575 ff.

³⁴ Reg. Bl. f. d. Großherzogtum Baden 1820, 104.

³⁵ v. *Hippel*, Bauernbefreiung (Anm. 1) I, 355 ff., 449 ff.

³⁶ Ebda 324 ff.

³⁷ Vgl. allgemein *Wolfgang Mager*, Das Problem der landständischen Verfassungen auf dem Wiener Kongreß 1814/15, in: HZ 217 (1973) 296–346; *Bernd Wunder*, Landstände und Rechtsstaat. Zur Entstehung des Artikels 13 DBA, in: Zschr. f. Hist. Forschung 5 (1978) 139–185. Für Baden die einschlägigen Passagen in *Andreas*, Verwaltungsorganisation (Anm. 11) und *Arndt*, (Anm. 11); für Württemberg zusammenfassend *Walter Grube*, Der Stuttgarter Landtag 1457–1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament, (Stuttgart 1957) 489 ff.

Leibeigenschaft und Leistungen leibeigenschaftlichen Ursprungs, alle älteren Verpflichtungen öffentlich-rechtlicher bzw. steuerartiger Natur, alle dauerhaften Eigentumsbindungen als Widerspruch zum Prinzip der Vertragsfreiheit, alle Privilegierungen des Adels, soweit sie nicht bundesrechtlich geboten waren.

Die zu erwartende Finanzkontrolle durch Landstände legte es nahe, daß die Regierungen sich mit der Organisation des Staatshaushaltes näher befaßten und hierbei auch das bestehende „feudale“ Abgabensystem auf Rationalisierungsmöglichkeiten überprüften – wenigstens in Württemberg nicht zuletzt in der Absicht, das noch anstehende Geschäft der Steuerperäquation zu erleichtern.

Die Verfassung schuf schließlich in den Landständen eine neuartige Instanz, um die Interessen des „Volkes“ in den Prozeß der politischen Willensbildung gebührend einzubringen; damit konnte auch die „Öffentlichkeit“ in einem bisher unbekannten, staatsrechtlich verbindlichen und obrigkeitlich nicht beliebig steuerbaren Ausmaß Forderungen bis in die Gesetzgebung einbringen. Mit welcher Intensität und mit welcher Stoßrichtung dies tatsächlich geschah, hing maßgeblich von der Zusammensetzung und Qualität der Volksvertretung ab, und diese wiederum wurde durch die Wahlmodalitäten mitbestimmt. Die Zusammensetzung der Landtage in Baden und Württemberg ähnelte sich in wesentlichen Zügen (Zwei-Kammer-System, fast unbeschränkte Wählbarkeit der Beamtenschaft, Wahlfähigkeit im ganzen Land). Gerade in allen Fragen der Agrarreform wirkte sich der Umstand retardierend aus, daß der mediatisierte Adel über die Erste (in Württemberg z. T. auch über die Zweite) Kammer die Handhabe besaß, die Landesgesetzgebung zu blockieren. Freilich vermochte die Karlsruher „Volkskammer“ auch dank ihrer homogenen Zusammensetzung (keinerlei ständische Gruppenrelikte mehr) von Anbeginn eine größere Dynamik zugunsten der Agrarreform zu entfalten als die Stuttgarter Kammer der Abgeordneten. In Württemberg drohte sogar zeitweise der spektakuläre Kampf um das „gute, alte Recht“, durch die gemeinsame Front von altständisch orientierten bürgerlichen Kräften und mediatisiertem Adel gegen die Verfassungspläne der Krone die Reformchancen zu mindern, indem die Opposition die bestehenden Eigentumsverhältnisse gegen künftige legislative Zugriffe von vornherein verfassungsrechtlich so weit wie möglich abzusichern suchte. Wichtigster Träger eines den gesamten Staat einschließenden Reformkonzepts wurde daher eine kleine Gruppe von Ministerialbeamten mit dem Freiherrn Karl August von Wangenheim an der Spitze, unterstützt von einer bescheidenen Zahl von „Volksfreunden“ im Land³⁸. Ihr Verlangen nach dem Übergang vom „Patrimonialstaat“ zum „wahren, auf gesetzmäßige Freiheit des Staatsbürgers gegründeten Staat“ beinhaltete als wesentlichen Teil auch die grundsätzliche, freilich auf längere Frist ausgelegte Änderung des Agrarrechts.

Auch wenn die Wangenheim-Gruppe sich mit ihrem idealistisch geprägten Konzept nicht durchzusetzen vermochte, hat sie doch die Bereitschaft zur Revision des Bestehenden erhöht.

Das Zweite Edikt vom 18.11.1817 „die Aufhebung der persönlichen Leibeigenschaftsgefälle, Ablösung und Verwandlung der Feudalabgaben betreffend“, das Resul-

³⁸ Zum Folgenden v. Hippel, *Bauernbefreiung* (Anm. 1) I, 355 ff.

tat längerer und teilweise kontroverser Diskussion in den Reihen der Ministerialbürokratie und recht eigentlich der Beginn der Grundentlastung in Württemberg, blieb einerseits von finanztechnischen Überlegungen geprägt und konzipierte die Ablösungsmöglichkeiten für die Pflichtigen noch eher als Rationalisierung denn als entschiedenen Schritt zur Beseitigung der bestehenden Agrarordnung; andererseits bedeutete es jenseits der jetzt endlich verkündeten Aufhebung der „persönlichen Leibeigenschaft mit allen ihren Wirkungen“ einen ersten generellen und prinzipiellen Einbruch in den Bereich auch der privaten Grundherrschaft mit Zwangscharakter, insbesondere eine Vernichtung bisherigen Obereigentums bei Erblehen, eine Bedrohung der herrschaftlichen Eigentumsrechte bei Fallehen und den Anfang zur Ablösung der Grundabgaben nach dem Willen der Pflichtigen. Dies zusammen mit der negativen Gesamtbewertung der tradierten Agrarverfassung und mit der generellen Zusage, die Ablösungsgesetzgebung in dem Maße fortzuführen, „als die allmählich sich entwickelnden Bedürfnisse der Untertanen dieselbe erfordern“, verstärkte den Eindruck, die Regierung blase zum Generalangriff gegen das „Feudalsystem“, und provozierte entsprechenden Widerstand vor allem der Standesherrn: Ihrem Kampf um möglichst durchgreifende Restauration einstiger Adelsherrschaft und Adelsrechte wäre mit der Auflösung der Grundherrschaft das ökonomische und ideelle Fundament gleichermaßen entzogen worden. Daher eskalierte die Auseinandersetzung um eine Revision des Zweiten Edikts angesichts der gouvernementalen Unnachgiebigkeit sehr schnell in Beschwerden württembergischer Standesherrn beim Bundestag wegen Verletzung des Art. 14 der Bundesakte. Die einschlägige Bundestagerklärung von 1819 ließ es der Regierung angesichts der allgemeinen Innen- und bundespolitischen Lage geraten erscheinen, sich auf einen dilatorischen Kompromiß einzulassen. Indem sie das Zweite Edikt gegenüber den Standesherrn suspendierte, gewährte sie durch bedingte Anerkennung der Bundeskompetenz in den anstehenden Fragen wenigstens dem mediatisierten hohen Adel einen sehr viel wirksameren Schutz gegen mißliebige Ablösungsgesetze, als sie beabsichtigt und vermutet hatte. Hinzu kam, daß die Kammer der Abgeordneten erst seit den 1830er Jahren entschiedene Initiativen zugunsten der Grundentlastung ergriff. Adelsproblem, mangelnder Druck von unten und schlechte Agrarkonjunktur führten dazu, daß die Stuttgarter Regierung vorerst noch keine weiterreichenden gesetzgeberischen Konsequenzen aus den Generalklauseln des Zweiten Edikts von 1817 zu ziehen brauchte.

Im Großherzogtum Baden dagegen hat die Zweite Kammer bereits während der ersten Jahre des „Verfassungslebens“ die Regierung nicht ganz ohne Erfolg vorangedrängt³⁹. Die Diskussion über Agrarreformen fand hier nicht wie in Württemberg in Ministerialbüros und im Geheimen Rat, sondern im Ständesaal statt. Sogleich auf dem Landtag von 1819/20 entwickelte eine kleine Gruppe von Deputierten unter dem leitenden Einfluß Ludwigs von Liebenstein⁴⁰ in einer Serie von aufeinander abgestimm-

³⁹ Zum Folgenden Müller, (Anm. 31) I; zusammenfassende Hinweise bei Wolfgang v. Hippel, Friedrich Landolin Karl von Blittersdorff 1792–1861. Ein Beitrag zur badischen Landtags- und Bundespolitik im Vormärz, (Stuttgart 1967) 19 ff.

⁴⁰ Vgl. Franz Schnabel, Ludwig von Liebenstein. Ein Geschichtsbild aus den Anfängen des süddeutschen Verfassungslebens, (Karlsruhe 1927) 30 ff.

ten Motionen ein umfassendes Reformprogramm für den landwirtschaftlichen Bereich und überholte damit die zaghaften Regierungsplanungen, indem sie Fronablösung und Zehntfixierung als ersten Schritt zur Zehntablösung als dringendes Erfordernis anmeldete und die Aufhebung der leibeigenschaftlichen Abgaben im gesamten Großherzogtum forderte. Die Regierung trug diesen Wünschen wenigstens teilweise Rechnung. Die Gefahr, daß die Mediatisierten ihre staatsrechtliche Privilegierung zur Blockade der Grundentlastung nutzten, war auch in Baden gegeben, und es war kein Zufall, daß das Mediatisiertenproblem im aufsehererregenden Streit um das Adelsedikt sogleich auf dem ersten Landtag die Beziehungen zwischen Ministerium und Volksvertretung schwer belastet hat⁴¹. Wenn jedoch die Bauernbefreiung in Baden zügiger als in Württemberg verwirklicht werden konnte, so ist dies nicht nur auf das Konto der Zweiten Kammer und der Regierung zu setzen, sondern resultiert auch aus der geringeren Widerstandsfähigkeit, aber wohl auch insgesamt geringeren Widerstandsbereitschaft des mediatisierten Adels. Zweifellos war es wichtig, daß Karlsruhe 1819/20 das zunächst durchaus gewünschte Votum des Bundestags im Konflikt um das Adelsedikt schließlich vermied und damit den Schwierigkeiten aus dem Weg ging, denen Württemberg sich in dieser Hinsicht während des gesamten Vormärz ausgesetzt sah. Andererseits ist festzuhalten, daß die badische Erste Kammer den Ablösungsgesetzen von 1820 (Entschädigung leibeigenschaftlicher Leistungen, Ablösbarkeit der Herrenfronen und der Abgaben von Zins- und Gültgütern)⁴² zustimmte und sogar statt Zehntverwandlung, wie sie die Zweite Kammer aus praktischen Gründen empfahl, für die Zehntablösung eintrat⁴³. Auch wenn dies nur unter der Voraussetzung voller Entschädigung geschah, bleibt die – in Württemberg so nicht vorhandene – grundsätzliche Bereitschaft des mediatisierten Adels in Baden bemerkenswert, sich auf eine umfassend konzipierte Grundentlastung bereits zum damaligen Zeitpunkt einzulassen. Durch ihre Bereitschaft, die Ablösung zunehmend umstrittener und angefeindeter Abgaben hinzunehmen, vermochten sie nicht nur finanziell vergleichsweise günstige Resultate zu erzielen, sondern auch möglichen Konflikten mit der öffentlichen Meinung, mit Regierung und Volkskammer aus dem Weg zu gehen. Doch ging die Anpassungsfähigkeit nicht so weit, daß die Integration in Verfassungsstaat und „bürgerliche Gesellschaft“ reibungslos geglückt wäre. Daß sich die agrarischen Unruhen 1848 auf die Mediatgebiete beschränkten⁴⁴, beweist, wie gut es letztlich auch hier gelungen war, die Loyalität der adeligen Grundholden vom einstigen Herrschaftsträger auf den nun Schutz und Recht gewährenden souveränen Staat umzulenken. Es handelt sich dabei um einen längerfristigen Mentalitätswandel; während der Rhein-

⁴¹ Vgl. hierzu den Beitrag von *Elisabeth Febrenbach* im vorliegenden Band; Hinweise bei *v. Hippel*, Blittersdorff (Anm. 39) 21 f.

⁴² Gesetze vom 5. 10. 1820 betr. Aufhebung bzw. Loskauf der persönlichen Leibeigenschaftsabgaben, Ablösbarkeit der „Herrenfronden“, Ablösbarkeit der „Grundgülden und Zinsen“ von bloßen Zinsgütern; Reg. Bl. f. d. Großherzogtum Baden 1820, 104–111.

⁴³ Vgl. *Schnabel*, Liebenstein (Anm. 40) 32 f.

⁴⁴ *Friedrich Lautenschlager*, Die Agrarunruhen in den badischen Standes- und Grundherrschaften im Jahre 1848, (Mannheim 1915); *Rainer Wirtz*, „Widersetzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale“. Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815–1848, (Frankfurt a. M. 1981) 169 ff.

bundperiode ist er – wenn überhaupt – bestenfalls in Ansätzen zu verspüren. Die Grundlagen für den Wandel wurden aber bereits damals geschaffen.

Der Abbau der älteren Herrschaftsordnung schuf die Voraussetzung für den nachfolgenden allmählichen Abbau der tradierten Wirtschaftsverfassung. Dadurch vor allem gewinnt die Rheinbundperiode auch hinsichtlich der Agrarfrage den Charakter einer „Sattelzeit“⁴⁵, obwohl der Weg von der Rationalisierung der tradierten Agrarverfassung zur „Emanzipation des Bauern“ in Baden und Württemberg (wie in den übrigen Rheinbundstaaten) nur sehr zögernd betreten und die ökonomische Seite des Problems noch fast völlig ausgeklammert wurde.

Diskussion zu den Referaten von Pankraz Fried und Wolfgang von Hippel

Leiter: Wolfgang Zorn

In der gemeinsamen Diskussion der Thesen von *Pankraz Fried* und *Wolfgang von Hippel* bildeten terminologische und definitorische Probleme den Ausgangspunkt. *Michael Stolleis* monierte – speziell an *Pankraz Fried* gewandt – die seiner Ansicht nach verkürzte Darstellung des Vorgangs der Bauernbefreiung, die lediglich mit den Begriffen Leibeigenschaft und Grundentlastung operiere, deren soziales und rechtliches Umfeld aber ausspre. (Vgl. dazu den schriftlich ausgearbeiteten Diskussionsbeitrag S. 148 f.) *Karl Möckl* bedauerte, daß die längerfristigen Konsequenzen, die sich für Wirtschaft und Gesellschaft in Bayern aus der Bauernbefreiung ergeben hatten, im Referat von *Fried* ebenfalls kaum zur Sprache gekommen waren. Seine Analyse der sich wandelnden Besitzgrößenstruktur und sich zunehmend ausdifferenzierenden ständisch-rechtlichen Hierarchie, die er zur Erklärung der spezifischen wirtschaftlich-sozialen und politischen Entwicklung Bayerns im späteren 19. Jahrhundert mit den Stichworten „Reagrarisierung unter dem Einfluß der Säkularisation“, „Konzentration des bäuerlichen Besitzes“ und „Auffächerung der ländlichen Sozialordnung“ umschrieb, blieb allerdings nicht unwidersprochen. (Vgl. dazu den schriftlich ausgearbeiteten Diskussionsbeitrag S. 147 f.) *Fried* insbesondere hielt den Rückgang der Kleinbetriebe und das Anwachsen der mittelgroßen Anwesen trotz der zweifellos damit verbundenen Auswirkungen auf die soziale Bewußtseinsbildung für nicht so gravierend. Von einer „Spaltung“ oder „Teilung“ der ländlichen Bevölkerung in eine besitzende Mittelschicht und ein besitzloses Proletariat kann seiner Ansicht nach nicht gesprochen werden.

Zurück ins 18. Jahrhundert, auf die noch im alten Kurstaat initiierten ersten Versuche einer Grundentlastung versuchte *Dietmar Stutzer* den Blick zu lenken. Er erinnerte an das Generalmandat Karl Theodors aus dem Jahre 1779, das die Umwandlung

⁴⁵ *Reinhard Koselleck*, Einleitung in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. I, (Stuttgart 1972) XV.

der geringen Leihrechte in Erbrecht und die Fixierung der Besitzveränderungsgebühr, des Laudemiums, in sogenannte Maierschaftsfristen, ermöglicht hatte. Seinem weiteren Hinweis auf die 1803 den Grunduntertanen in Bayern eröffnete Möglichkeit, binnen Jahresfrist die Grunddienstbarkeit abzulösen, begegnete *Fried* jedoch mit dem Einwand, daß dieses Angebot von den Bauern deshalb nicht angenommen wurde, weil ihnen die bisherige Lösung besser erschien als die Zahlung von 600 fl, wie sie beispielsweise für einen ganzen Hof erforderlich gewesen wäre.

Eine in der Debatte über die Bauernbefreiung im allgemeinen nur am Rande gestreifte Problematik, nämlich die nach dem Verhalten der adeligen Gutsbesitzer, schnitt *Hans Körner* in einem ausführlichen Diskussionsbeitrag an. Der Adel, zwar großen Teils noch selbst mit Lehensherrschaften begabt, deren Ablösung erst ab 1848 möglich wurde, war andererseits durch die Ablösesummen seiner ehemaligen Grundholden z.T. erstaunlich solvent geworden. Wo investierte er nun? Kaum in der Industrie, sehr viel mehr im land- und forstwirtschaftlichen Bereich – so der Trend, den *Fried* in seiner Antwort auf die Frage beschrieb und der sich nach Meinung des Referenten angesichts einer noch weithin unbefriedigenden Forschungslage auch nicht näher präzisieren ließ.

Zu einem Vergleich der grundherrschaftlichen Verhältnisse von Bayern, Baden und Württemberg und der in diesen Territorien während der Rheinbundzeit kursierenden Pläne zu „Agrarreformen“ regte *Eberhard Weis* im weiteren Verlauf der Aussprache an. Ohne die Spezifika der genannten Länder (wie sie etwa in bezug auf das Sozial- und Besitzgefüge oder die modifizierten Formen der Grunduntertänigkeit bestanden) außer acht lassen zu wollen, so der Diskussionsredner, müsse doch generell davon ausgegangen werden, daß schon in den ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts nicht nur über eine rationellere und profitablere Landwirtschaftsführung, sondern auch über eine Modernisierung der Agrarverfassung nachgedacht wurde. Der Aussage von *Hippels*, die Agrarverfassung sei während der Rheinbundzeit nicht zur Disposition gestanden, widersprächen Pläne Montgelas' zur Ablösung der Grundherrschaft. Auch dürfe nicht vergessen werden, daß der Bauernbefreiung aus der Tatsache, daß nach der Säkularisation für 65 bis 70% der Bauernhöfe der Staat Grundherr gewesen sei, Vorteile erwuchsen. Daß die Reformpläne sich nicht unmittelbar in die Praxis hätten umsetzen lassen, hätte zum einen an den eskalierenden Finanznöten, hervorgerufen durch ständig neue Kriege, zum anderen aber auch am wieder zunehmenden Einfluß des Adels nach 1808 gelegen. Immerhin aber seien die Beutellehen entschädigungslos aufgelöst worden; auch habe der Staat späterhin, so vor allem in den 20er und 30er Jahren, sein Engagement am Ablösungsprozeß nachdrücklich bekundet.

Anklänge an die Diskrepanz, die sich hier zwischen Theorie und Praxis auftrat, glaubten *Werner Schubert* und *Rudolfine von Oer* in jener Unvereinbarkeit wiederzufinden, wie sie offenbar auch zwischen den Anschauungen liberaler und demokratisch gesinnter Befürworter einer Scheidung öffentlichrechtlicher und privatrechtlicher Verpflichtungen der einzelnen Hintersassen und der zunächst praktizierten restaurativen Adelspolitik bestand. Ergänzend zu den im Referat von *Wolfgang von Hippel* so ausführlich geschilderten Argumentationszusammenhängen verwies *Schubert* darauf, daß die Aufteilung der Feudallasten in öffentlichrechtliche und privatrechtliche auf die

frühe französische Bodengesetzgebung zurückgehe und auch der Gesetzgebung des Königreichs Westfalen und des Großherzogtums Berg sowie anderer Rheinbundstaaten zugrundeliege, während in Frankreich diese Unterscheidung mit der entschädigungslosen Abschaffung aller Feudallasten in den Jahren 1792/93 aufgegeben worden sei.

Angeregt durch den wiederholt formulierten Hinweis auf die „Standespolitik“ der badischen und württembergischen Standesherrn meldete *Volker Press* Bedenken gegenüber dem von *Wolfgang von Hippel* vorgetragenen Interpretationsmodell an, demzufolge sich ein Mentalitätswandel in der Gesinnung der einstigen Grundholden des Adels zugetragen habe und diese ihre Loyalität zum früheren Herrschaftsträger allmählich auf den nun Schutz und Recht gewährenden souveränen Staat übertragen hätten. Die Loyalität der Untertanen gegenüber ihren ritterlichen Herren sei keineswegs so ausgeprägt gewesen, so *Press*, daß ein an sich gleiches Verhalten der Bauern im 18. Jahrhundert und um die Mitte des 19. Jahrhunderts unter genau entgegengesetzten Vorzeichen gedeutet werden dürfe.

Die von *Wolfgang von Hippel* in seinem Vortrag ebenfalls angesprochene unterschiedliche Kompromißbereitschaft des badischen resp. des württembergischen Adels in allen Fragen von agrarreformerischem Belang nahm *Elisabeth Fehrenbach* zum Anlaß einer Präzisierung. Ihrer Ansicht nach hat sich der badische Adel gegenüber Fragen der Bauernbefreiung keineswegs aufgeschlossener gezeigt als der württembergische – zahlreiche, bis 1848 immer wieder vorgelegte Beschwerden badischer Adelsfamilien (Leiningen, Löwenstein insbesondere) beim Bundestag zeugten davon – nur habe die badische Bürokratie eine bessere Adelspolitik betrieben. Sie konnte die Bauernbefreiung früher und effektvoller in Angriff nehmen, weil sie im Stande war, größtenteils aus der Staatskasse zu entschädigen. Die Zahl der Appellationen in Frankfurt wollte *von Hippel* in seiner Antwort darauf als Indikator für eine ungebrochene Widerstandskraft des Adels zwar nur bedingt gelten lassen, er gab Frau *Fehrenbach* aber insofern recht, als die badische Regierung und vor allem die Zweite Kammer des Großherzogtums in politisch außerordentlich geschickter Manier die Widerstände der Mediatisierten auszuschalten verstand.

Schriftlich ausgearbeitete Diskussionsbeiträge

K. Möckl zum Referat von P. Fried

Im Zusammenhang mit der Verfassungspolitik Montgelas' möchte ich auf einige Folgen für die bäuerliche Welt hinweisen, die zwar in Einzelstudien angesprochen worden sind, bisher aber noch ungenügende Berücksichtigung fanden: Die Säkularisation der 57 Klöster in Bayern führte doch dazu, daß eine große Zahl der beschäftigten Handwerker freigesetzt wurde. Entweder sie waren vermögend genug, um bäuerliches Land zu erwerben, stießen so zur bäuerlichen oder halbbäuerlichen Schicht; oder sie wanderten ab und fanden anderswo, beispielsweise in den Städten, ihr Auskommen; oder, falls weder das eine noch das andere möglich war, sanken sie in das ländliche Proletariat ab. Welche Folgen hatte dieser Vorgang, der bereits in der Zeit des Aufge-

klärten Absolutismus einsetzte, für den Prozeß der „Verländlichung“ und für die Frage der „hinausgeschobenen“ Industrialisierung Bayerns? – Nach der Revision des Gemeindeedikts von 1808 kam es durch Überschneidungen zwischen grundherrlichem Recht und Gemeinderecht zu wichtigen Festlegungen. Die Bildung „geschlossener“ Gerichtsbezirke für Patrimonialgerichtsgemeinden und für bäuerliche Gemeinden konnte nicht durchgesetzt werden. Die daraus resultierende Vermischung der Zuständigkeiten zwischen adelig-grundherrlichen Gerichten und gemeindlicher Selbstverwaltung bedeutete in der Praxis, daß die adeligen Gerichtsherren die bäuerlichen Gemeindevorsteher zurückdrängten und Zuständigkeiten nicht nur im eigenen, sondern auch im gemeindlichen Bereich übernahmen. Schließlich wurde es nicht für angängig gehalten, daß dem gewählten Gemeindevorsteher möglicherweise adelige Gerichtsholten untergeordnet wurden. Diese Entwicklung, die durch das Gemeindeedikt von 1818 sanktioniert wurde, hatte zwei Folgen: Einmal kam es durch die zwei verschiedenen Rechtskreise zu einem Riß in der Sozialordnung auf dem Land und zum anderen vergrößerte sich dadurch, daß die Bürger der Städte mehr Möglichkeiten in der Gestaltung der eigenen Angelegenheiten hatten, der Gegensatz zwischen Stadt und Land. – Die Reform der bürgerlichen Selbstverwaltung brachte zwar die Bürgergemeinde, aber nicht die Einwohnergemeinde. Unabhängig von der Stärkung der Selbstverwaltung ergaben sich für die Gemeinden doch auch Probleme. Schon die Dezentralisierung des Stiftungs- und Kommunalvermögens nach 1810 führte dazu, daß auf die verfügbaren Mittel auch die Gerichtsherren und die Lokalbehörden einen stärkeren Einfluß ausüben konnten. Außerdem wurde den Gemeinden fast ausschließlich die Armenpflege aufgebürdet. Die Entwicklung führte zu einer gewissen Abschließungstendenz der Bürgergemeinden mit den Mitteln der Gesetzgebung zur Ansässigmachung, Verehelichung und Heimat. Die soziale Problematik der Entwicklung eines ländlichen Proletariats leuchtet hier auf. – Schließlich möchte ich noch auf die Wirkungen der Bildungsreformen hinweisen. Die Säkularisation hatte die ausgewogenen Bildungsverhältnisse zwischen Stadt und Land beseitigt. Der neue Staat brachte aber hier keine Vereinheitlichung. Die Schulreform, gekennzeichnet durch die Entwicklung von der Konzeption Joseph Wismayrs zu derjenigen von Friedrich Immanuel Niethammer, brachte eine deutliche Differenzierung zwischen Volks- und Gelehrtenbildung und damit vor allem eine Unterscheidung zwischen Stadt- und Landschulen. Im Ergebnis kann man für die Landschule von einer Minimalisierung der Volksbildung sprechen. – Diese Andeutungen zeigen, daß im Endergebnis die Reformpolitik auf die bäuerliche Welt doch einen sehr ambivalenten Einfluß ausübte. Die verschiedenen Ebenen sollten stärker ins Auge gefaßt werden.

M. Stolleis zum Referat von P. Fried

Zum Referat von Herrn Fried möchte ich mir zwei allgemeiner gehaltene Bemerkungen erlauben:

1. Herr Fried hat den Vorgang der „Bauernbefreiung“ in *zwei* Bereichen lokalisiert, in der Aufhebung der Leibeigenschaft und in der Grundentlastung. Die damit vorge-

nommene Begrenzung ist jedoch weder ökonomisch und sozialgeschichtlich zu rechtfertigen, noch findet sie sich in dieser Form in der Vorstellung der Zeitgenossen, wie sich etwa in der innenpolitischen Bilanz Montgelas' aus dem Jahre 1817 zeigt. Zur „Bauernbefreiung“ gehört ein ganzes Bündel weiterer Maßnahmen, mit deren Hilfe Boden umverteilt (1), rechtlich neugeordnet (2), die Landeskultur verbessert (3), die Ertragsflächen vermehrt (4) und die landwirtschaftlichen Kreditverhältnisse verändert wurden (5). An solchen Maßnahmen außerhalb der Komplexe der Leibeigenschaft und der Grundentlastung seien genannt: Aufhebung der Fronen und Scharwerke, soweit sie als dingliche Lasten auf Grundstücken ruhten; die Auflösung des Lehensverbandes, Maßnahmen zur Kultivierung öder Gründe und zur Aufteilung der Allmenden; Propagierung der Güterzertrümmerung; Aufteilung der Staatsdomänen; Abschaffung (und Wiedereinführung) der Fideikomnisse; die sog. Amortisationsgesetzgebung (Erwerbs- und Verfügungsbeschränkungen der „Toten Hand“); schließlich die Reform des Hypothekenwesens und die Gründung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank¹. Alles dies veränderte die „Bodenverfassung“ und damit auch die Lage der Bauern.

Nur wenn man diese Vorgänge als Einheit betrachtet, lassen sich Aussagen treffen über die wirtschaftliche Lage der Bauern vor 1799 und nach 1817, lassen sich sozialgeschichtliche Verschiebungen zwischen Leibeigenen, Grundholden, freien Bauern, Staatsdomänen und Adelsbesitz messen, und nur so wird überhaupt sichtbar, was in Frankreich mit der „abolition du régime féodal“ erfaßt wird und in seinen Grundgedanken dann in die bayerischen Verhältnisse nach 1799 einwirkte.

2. Versucht man, auf dieser Basis unter dem Aspekt des „Rheinbundes“ festzustellen, welche Reformimpulse aus Frankreich und speziell von Napoleon kamen, so muß man unterscheiden: die Maßnahmen zur Verbesserung der Landeskultur, zur Vermehrung der Ertragsflächen, die Abschaffung der Leibeigenschaft und die Grundentlastung sind ältere Vorhaben, die nunmehr im Sog der politischen Ereignisse eine starke Beschleunigung erfuhren. Dagegen wären andere Hauptfragen wie die Auflösung des Lehensverbandes und die Abschaffung der Fideikomnisse ohne die umwälzenden Ereignisse der Verfassungsgeschichte (Säkularisation, Ende des Reichs, Rheinbund) und ohne den speziellen politischen Druck Napoleons (etwa in der Fideikommißfrage) nicht so und nicht zu diesem Zeitpunkt in Gang gekommen. Die Reform des Hypothekenwesens und damit des Bodenkredits schließlich hat, obwohl bereits 1811 eingeleitet, ihren Schwerpunkt außerhalb der Rheinbundzeit, und sie ist auch stärker von preußischen als von französischen Vorbildern abhängig.

Nur eine differenzierende Analyse der einzelnen zum großen Gebiet der „Bauernbefreiung“ gehörenden Reformarbeiten Bayerns während der Rheinbundzeit kann hier also weiterführen. Die vom Rheinbund und von Napoleon ausgehenden Impulse richteten sich offenbar nur auf die politisch wesentlichen Punkte, also auf Erfüllung von Mindeststandards in bezug auf Freiheit und Gleichheit sowie auf die Adelsfrage.

¹ Einzelheiten in *Helmut Coing-Walter Wilhelm* (Hrsg.), *Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jahrhundert*, Bd. III, *Die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Grundeigentums und Grundkredits*, (Frankfurt 1976) 44–117; 240–272.